

Brief an Herrn Minister Michael Glos
gesendet über
http://www.bundesregierung.de/de/-_11937/kontaktservice.lyt

Sehr geehrter Herr Minister Glos,
auf der Herbstkonferenz der Wirtschaftsminister 2004 wurde im TOP 7.1 die Abschaffung des Kehrmonopols der Schornsteinfeger behandelt.
Im Bericht der im Juni 2004 stattgefundenen Konferenz in Wörlitz ist dazu unter TOP 4.1 noch zu lesen, dass die Konferenz den Bericht des BMWi+A zur Kenntnis nimmt.
In der Tagesordnung der im Dezember 2005 stattfindenden Konferenz ist dieses Thema überhaupt nicht mehr erwähnt.

Daraus könnte man schlussfolgern, dass eine alle Seiten befriedigende Lösung gefunden wurde.
Das dem nicht so ist, zeigt die Tatsache, dass die Europäische Kommission in Brüssel nunmehr aufgrund der Inaktivitäten der vorherigen Regierung das angedrohte Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland einleiten wird.
Unabhängig davon, ob Sie dieser Brüsselschen Politik mehr oder weniger positiv gegenüberstehen, ist das deutsche Schornsteinfegersystem in seinen Verflechtungen mit sich widersprechenden und den realen Sachverhalten nicht mehr entsprechenden Gesetzen ein dringend zu reformierender Problemfall.
Ein Versorgungssystem aus der "Ofen- und Schornsteinzeit" produziert marktwirtschaftliche Widersinnigkeiten, die nicht einmal mit Praktiken einer "kommunistischen Vetternwirtschaft" zu überbieten sind.
Neben den wirtschaftlichen Verbiegungen -
der monetäre Wert des Problems bewegt sich in einer Grösse von ca. 4 Milliarden Euro jährlich - sind vor allem negative politische Haltungen der Betroffenen zu Gesetzgebung und Verwaltungsbehörden entstanden.

Leidtragende dieses Systems sind neben allen Bundesbürgern, die dafür jährlich die finanziellen Mittel erbringen müssen, die Schornsteinfeger selbst und die Vielzahl der kommunalen Behördenmitarbeiter und der Gerichte.
Zahlreiche deutsche Grundstücksnutzer- und Wohnungsverbände, Handwerker der Heizungsbranche bemühen sich seit Jahren um eine bisher vergebliche Neuregelung, die nur auf der politischen Ebene geschehen kann.

Durch die AG Entbürokratisierung im Wirtschaftsministerium unter Herrn Clement wurden in 2004 Diskussionspapiere erarbeitet und von den Beteiligten beantwortet. Danach setzte das hier kritisierte grosse Schweigen ein, welches offensichtlich anhält.

Ich bitte Sie um Mitteilung, wie, wann und auf welche Art und Weise Sie sich dieses Problems annehmen wollen.

Ich schreibe Ihnen als Bürger dieses Landes und gleichzeitig als Mitglied des Verbandes Deutscher Grundstücksnutzer (VDGN), der mit seinen angeschlossenen Verbänden mehr als 100 Tausend Mitglieder vertritt.

Die Sache ist es wert, nachhaltig beantwortet zu werden.

Leider ist meine Erfahrung allerdings, dass Briefe an die Regierung lapidar oder gar nicht beantwortet werden. Ich hoffe, dass Sie diesen Trend unterbrechen werden.

Diesen Brief gebe ich auch auf meiner Internetseite der Öffentlichkeit zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Scharf
www.hautnahes.de , Diktokratie
Neuenhagen, 04.12.2005